

DER VORSITZENDE

**Stellungnahme der CDU zum Einspruch gegen den Beschluss
des BUVA v. 18.1.2017****dazu: Verwaltungsvorlage 048/2017**Sperrfrist: Montag, 20.2.2017, 18 Uhr

"Bereits seit vielen Jahren warten die Bürgerinnen und Bürger von Erwitte auf die dringend notwendige Umgehungsstraße. Der jüngst verabschiedete Bundesverkehrswegeplan lässt das allerdings in weite Ferne rücken. Das bedeutet insbesondere für die Anwohner der Lippstädter und der Soester Straße in Erwitte auch weiterhin eine mitunter unerträgliche Belastung durch PKW und LKW-Verkehr. Beleg dafür sind durchgeführte Feinstaubmessungen, die bei künftig sicher noch weiter steigender Verkehrsbelastung unweigerlich die Einrichtung einer Umweltzone zur Folge haben werden.

Diese Umweltzone verspricht zwar Besserung für die Anwohner in Erwitte und wäre insofern begrüßenswert, jedoch eröffnet sich dadurch ein weiterer Schauplatz, der wiederum Auswirkungen auf Leben und Arbeiten in Erwitte, aber auch hier und der gesamten Region haben könnte.

All das beschäftigt uns auch in Lippstadt bereits seit einigen Jahren: Bislang gab es interfraktionell und regelmäßig den Konsens, dass wir unsere Nachbarstädte mit ihren Problemen nicht im Regen stehen lassen. Das gehört sich als starker Partner in der Region und mit dem Selbstverständnis unserer Stadt auch so. In diesem Fall bedeutete das, dass wir uns gemeinsam mit der Stadt Erwitte um eine Problemlösung bemüht und uns mit einem Beitrag am Luftreinhalteplan für Erwitte beteiligt haben. Einer dieser Beiträge war die Öffnung der Stirper Straße für den LKW-Verkehr mit einem zGG von mehr als 20 Tonnen. Durch diese Maßnahme ist ausweislich der Verkehrszählungen des Kreises Soest und entgegen vieler Behauptungen keine gestiegene Verkehrsbelastung auf der Stirper Straße einhergegangen - das kann der Verwaltungsvorlage so entnommen werden. Dass diese Maßnahme letztlich auch uns in Lippstadt **hilft** werde ich gleich noch einmal deutlich machen. Ob in Erwitte die dadurch gewünschte Wirkung eingetreten ist, kann heute noch nicht mit Sicherheit gesagt werden.

Nun hat der BUVA am 18.1.2017 diese jahrelang praktizierte Partnerschaft in der Region aufgekündigt und die Stadt Lippstadt soll nun den Erwittern die Zähne zeigen verbunden mit dem Hinweis: Löst Eure Problem gefälligst selbst. Eure Straße, euer Feinstaub, euer Lärm. Wir haben schließlich eigene Sorgen - getreu dem amerikanischen Beispiel quasi ein westfälisches „**Lippstadt first - wir zuerst.**“ Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht die Politik der CDU.

Nun spricht aber auf den ersten Blick womöglich einiges für dieses Vorgehen: Die Anwohner der Stirper Straße können sich über zu wenig Verkehr sicher nicht beklagen, auch in Lippstadt gibt es eine Belastung durch Feinstaub: Natürlich sind wir dem Wohl der Lippstädterinnen und Lippstädter verpflichtet.

Aber eine dem Gemeinwohl (und das hört nicht an den Stadtgrenzen von Lippstadt auf) verpflichtete Kommunalpolitik funktioniert nun mal so, dass Pro und Contra sowie Für und Wider einer Entscheidung gegenüber gestellt, abgewogen und diskutiert werden. Manchmal mehr, manchmal weniger. In dieser Frage sollte es aber aus meiner Sicht besser etwas mehr sein: Dieses „Mehr“ an Diskussion und Abwägung habe ich in der gesamten Debatte, die von Bauchgefühl, Vermutungen und Behauptungen geprägt ist, an keiner einzigen Stelle erkennen können. Über allem stehen Aussagen wie „Wir waren ja immer schon dagegen“. Aha, interessant. Und warum genau? Die Antwort darauf blieb bislang offen.

Meine Fraktion und ich befürchten einen nicht unerheblichen Schaden für die heimischen Unternehmen, für Arbeitsplätze in Lippstadt und dadurch auch für den Wohlstand der Menschen in unserer Stadt und der gesamten Region, wenn wir hier den interkommunalen Konsens einseitig aufkündigen. Zweitens drängt sich der Verdacht auf, dass die Sperrung der Stirper Straße bei gleichzeitiger Einrichtung einer Umweltzone in Erwitte zu Lasten anderer Teile unserer Stadt erfolgen würde: Wo werden denn die Ausweichstrecken der LKW und PKW ohne Plakette sein? Reden wir dann an dieser Stelle irgendwann im gleichen Zusammenhang über die Ortsdurchfahrt von Bökenförde oder die Bökenförder Straße? Soll die dann auch gesperrt werden? Wir halten das jedenfalls für kein gänzlich unrealistisches Szenario.

Aber ich gebe auch zu, dass all diese Befürchtungen durchaus unbegründet sein können.

Aber genau das möchte ich klären: Mit Experten, Anwohnern, Unternehmen und Wirtschaftsförderung - und nicht mit meinem Bauchgefühl. Deshalb halten wir die im Ausschuss getroffene Entscheidung für unverantwortlich, weil sie ohne interfraktionelle Diskussion und ohne den Rat von Experten und Betroffenen getroffen wurde. Man kann jetzt sagen: Wir sind selber Experte

genug und wissen schon, was wir tun. Die Mitglieder der CDU-Fraktion und ich nehmen das allerdings in dieser schwerwiegenden Frage nicht für uns in Anspruch. Wir haben uns informiert, aber mit unserem Informationsstand können wir einer Sperrung der Stirper Straße und der Aufkündigung der regionalen Partnerschaft mit der Stadt Erwitte nicht zustimmen. Aber: Wir sind nicht beratungsresistent.

Daher beantragen und fordern wir, auf Grund der Bedeutung der Sache, ergebnisoffen darüber zu diskutieren. Und gerade weil es sich hier nicht um Peanuts handelt ist auch der Rat das richtige Gremium dafür - das hat nichts mit dem Untergraben der Kompetenzen des BUVA zu tun. Wir verabschieden den Haushalt schließlich auch nicht im Haupt- und Finanzausschuss.

Für uns stellen sich zum Beispiel die Fragen, welche Umweltzone überhaupt droht: Ist es eine mit Durchfahrtsberechtigung nur für Fahrzeuge mit grüner Plakette, oder ist auch eine Umweltzone mit Durchfahrt für PKW und LKW mit gelber Plakette möglich? Gibt es Ausnahmegenehmigungen in Härtefällen, beispielsweise für Handwerker, die nur über ein älteres Fahrzeug verfügen, oder so genannte Flottenregelungen? Ferner möchten wir die Erfahrungen aus den 16 in NRW bestehenden Umweltzonen hören: Zu welchen Konsequenzen vor Ort hat das geführt, wie haben sich die Umweltzonen ausgewirkt? Dann stellt sich natürlich abschließend die Frage, wie lange soll das in Erwitte (und damit verbunden auch auf der Stirper Straße in Lippstadt) so weitergehen? Die Aussagen im Bundesverkehrswegeplan lassen nichts Gutes erahnen - daher kann es bei der Freigabe der Stirper Straße allenfalls um ein vorübergehende und keine dauerhafte Maßnahme handeln. Wie sieht die Dauerlösung aus?

Ich bitte darum, und so ist es guter Brauch in diesem Haus, unserem Beratungsbedarf Raum und unserem Einspruch stattzugeben. Und wenn heute noch nicht alle Fragen beantwortet werden können, sollten wir die Anhörungen fortsetzen. Bis wirklich alle offenen Fragen geklärt sind und alle Fraktionen guten Gewissens und auf dem gleichen Wissensstand abstimmen können. Das ist dann nicht nur aufrichtig gegenüber den Anwohnern der Stirper Straße, sondern auch denen in Bökenförde und anderen Teilen unserer Stadt - und natürlich auch gegenüber der Stadt Erwitte."